

# Die kapitalistische Krise in Griechenland und der Kampf der Kommunisten

*Von Giorgos Marinos, Mitglied des Politbüros des ZK der KKE*

Es ist wahr, dass die Auswirkungen der internationalen kapitalistischen Krise und insbesondere die Arbeiter- und Volkskämpfe in Griechenland das Bewusstsein vieler arbeitender Menschen in mehreren Ländern und insbesondere in der EU „aufgerüttelt“ haben. Selbstverständlich haben die bürgerlichen Massenmedien und die politischen Vertreter des Kapitals versucht, die Gewässer des aufkeimenden Widerstandsbewusstseins zu trüben. Sie können aber die Tatsache nicht verbergen, dass die Entwicklungen in Griechenland den arbeitenden Menschen die Gelegenheit aufnötigen, über die Ursachen der kapitalistischen Krise nachzudenken. Sie entlarven die Rolle der Europäischen Union und der anderen imperialistischen Organisationen und erweitern die Erfahrung der Kommunisten über die Entwicklung des Klassenkampfes gegen die bürgerlichen und opportunistischen Parteien und Kräfte.

Die Entwicklungen strafen die Unterstützer des Systems Lügen, die die Idee verbreiteten, dass die konterrevolutionären Veränderungen in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern, der Umsturz des Sozialismus das „Ende der Geschichte“ und das Ende des Klassenkampfes bedeutete. Sie strafen auch jene bürgerliche Politiker Lügen, die in unserem Land verbreiteten, dass die Integration Griechenlands in die EU und später in die Euro-Zone der „sichere Hafen“ gegen Krisen und Instabilität wäre.

Die Realität bewies, dass der Kapitalismus, der sich in seinem imperialistischen, d. h. dem höchsten Stadium seiner Entwicklung befindet, Millionen arbeitende Menschen in der Welt peinigt. Er bringt Armut und Arbeitslosigkeit, leidet an unheilbaren Widersprüchen, Gegensätzen, die sich durch zyklische Krisen äußern, aber auch durch Kriege für die Ausweitung der unternehmerischen Tätigkeit der Monopole, die Aufteilung der Märkte und die Kontrolle über die Quellen des Reichtums.

## **Der Charakter und die Ursachen der Krise**

Die bürgerlichen Politiker zeigen uns den „Baum“ (die Schulden, die Defizite), damit wir den „Wald“ nicht sehen, die wirklichen Ursachen der kapitalistischen Krise. Dies ist kein Zufall, weil die Ursachen der Krise ein grundlegendes Thema des ideologischen und politischen Kampfes sind.

Die Kommunisten haben den Vorteil, über die marxistisch-leninistische Theorie zu verfügen. Ein Instrument, das ihnen erlaubt, solche wichtigen und komplizierten sozialen, politischen und ökonomischen Phänomene zu analysieren.

Der Kapitalismus in Griechenland zeigte in den Jahrzehnten von 1990 und 2000 eine ständig aufsteigende Entwicklung mit einer Erhöhung des BIP durchschnittlich um etwa 3 % jährlich. Der von den arbeitenden Menschen produzierte Reichtum verdreifachte sich. In der Periode 1990-2007 stieg das BIP um

das Fünffache und die kapitalistischen Profite um das Achtundzwanzigfache. Allein 2009 verzeichneten die börsennotierten Betriebe Gewinne in Höhe von 11,8 Milliarden Euro. Das Anlagevermögen der großen Banken stieg von 275 Milliarden Euro in 2004 auf 579 Milliarden Euro in 2009. Allein auf den schweizerischen Banken besitzen griechische Kapitalisten Einlagen in Höhe von 600 Milliarden Euro. Diese Situation trat ein, weil die Profitabilität des Kapitals sehr hoch war und von der Intensivierung des Ausbeutungsgrades der Arbeitskraft versorgt wurde. Diese Intensivierung beruht auf der Niedrighaltung der Löhne und der Renten und der Abschaffung von Arbeiter-, Versicherten- und sozialen Rechten.

Diese Situation wurde besonders vom gesamten Rahmenwerk der „kapitalistischen Umstrukturierungen“ bedient, von der Strategie des Kapitals, die von der EU unter Beteiligung der griechischen und anderer bürgerlicher Regierungen Anfang der 90er Jahre (Maastrichter-Vertrag) gefördert wurde.

Es kann der Schluss gezogen werden, dass der Kapitalismus nicht nur während der Phase der Krise gefährlich ist, sondern auch während der Phase des Aufschwunges der Wirtschaft, der Phase, in der Akkumulation und Überakkumulation von Kapital realisiert wird. Auch dann verschlimmert sich die Lage der Arbeiterklasse, verschärft sich der Gegensatz von Kapital und Arbeit, zeigt sich deutlicher die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise mit Störung der Proportionen und Gleichgewichte, die sich in der vorherigen Periode eingestellt haben, und die Wirtschaft wird zur Krise geführt.

Die Krise, die synchron in Griechenland und den anderen kapitalistischen Ländern entstanden ist, ist eine Krise der Überakkumulation des Kapitals und hat ihr Fundament in der Verschärfung des Widerspruches zwischen dem sozialen Charakter der Produktion und der kapitalistischen Aneignung ihrer Ergebnisse. Die Produktionsmittel sind Eigentum der Kapitalisten, und der Profit ist das Kriterium für die Entwicklung des Systems, was zur anarchischen und ungleichmäßigen Entwicklung von Wirtschaftszweigen und -Sektoren sowie geographischen Regionen führt.

Die Aktualität der Analyse von Marx im „Kapital“ liegt auf der Hand. Dort schreibt er: „... es werden periodisch zuviel Arbeitsmittel und Lebensmittel produziert, um sie als Exploitationsmittel der Arbeiter zu einer gewissen Rate des Profits fungieren zu lassen. Es Werden zuviel Waren produziert, um den in ihnen enthaltenen Wert und darin eingeschlossenen Mehrwert unter den durch die kapitalistische Produktion gegebenen Verteilungsbedingungen und Konsumtionsverhältnissen realisieren und in neues Kapital rückverwandeln zu können, d. h. um diesen Prozess ohne beständig, wiederkehrende Explosionen auszuführen.“ Genau das sind die Krisen. „Plötzliche, gewaltsame Lösungen der bestehenden Widersprüche, gewaltsame Explosionen, welche das gestörte Gleichgewicht wieder herstellen.“

„Die Krisen brechen zwangsweise aus, weil der gemeinschaftliche Charakter der Produktion sich in Widerspruch mit dem privaten Charakter der Aneignung befindet“ schreibt Lenin in seinem Werk „Zur Charakteristik der ökonomischen Romantik“, in dem er Worte von Engels verwendet.

Diese Analyse wird von den wichtigsten Merkmalen der griechischen Wirtschaft bestätigt.

Die Krise des Kapitalismus bestätigt die historisch überholten Grenzen des Systems, und deswegen beeilen sich seine Verteidiger, die wirklichen Ursachen der Krise zu verbergen und so die arbeitenden Menschen irrezuführen.

In diesem Ziel stimmen alle dem System dienenden Parteien überein, die liberalen, die sozialdemokratischen, die Kräfte des Opportunismus auf nationaler

Ebene, die Europäische Linkspartei auf europäischer Ebene, die Partei Die Linke in Deutschland und andere auf internationaler Ebene.

Die Auseinandersetzung spitzt sich in Griechenland zu. Die Kräfte des Systems behaupten unter anderem:

- Die Krise entsteht durch den „neoliberalen Kapitalismus“ von unverantwortlichen politischen und wirtschaftlichen Eliten (Wahlplattform der ELP 2009, SYN/SYRIZA in Griechenland und andere opportunistische Kräfte, wie Die Linke in Deutschland)
- Die Krise entsteht aus der lockeren Währungspolitik, den ungenügenden Regulierungsrahmen, dem Fehlen von Kontrollen, den Schwächen der neoliberalen Wirtschaftsdoktrin. (Parteien und Funktionäre der Sozialdemokratie, der bekannte Wirtschaftswissenschaftler Joseph Stiglitz, aber auch bürgerliche Kräfte des liberalen Spektrums).

Es ist offensichtlich, dass diese Auffassungen versuchen, den ausbeuterischen Klassen-Charakter des Kapitalismus, das Bestehen von bestimmten Gesetzmäßigkeiten bei seinem Aufbau und den objektiven Charakter der Krisenursachen zu vertuschen. Indem sie die Kritik auf die neoliberale Art der Verwaltung begrenzen, zielen sie auf den Freispruch des Systems und die Verbreitung von Illusionen, dass der Kapitalismus durch eine andere Verwaltung und eine andere Mischung von Wirtschaftspolitik (z. B. durch die Wiederentdeckung des Neokeynesianismus) seine Widersprüche und insbesondere den Hauptwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit, der zu den Krisen führt, überwinden kann.

Der Verlauf der Krise, die wir erleben und die Geschichte der kapitalistischen Krisen widerlegen ihre Behauptungen. Diese Krisen entstehen sowohl im Rahmen der liberalen-neoliberalen Verwaltung als auch der sozialdemokratischen Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Regierungen, weil es unmöglich ist, dass der Verlauf der Überakkumulation und Überproduktion, das Ungleichgewicht und die anarchische kapitalistische Entwicklung kontrolliert werden können.

Ebenso unbegründet ist die Position, die Krise sei eine Finanz- und eine Schuldenkrise. Damit wird unterschätzt und verschwiegen, dass die Voraussetzungen der Krise im Herzen des Systems, in der Produktionssphäre entstehen, unabhängig davon, wie sich die Symptome äußern.

Das gilt für Griechenland, für die Europäische Union und die anderen kapitalistischen Länder, einschließlich der USA.

In den USA verringerte sich das BIP vier Quartale in Folge, vom 3. Quartal 2008 bis zum 2. Quartal 2009. Das BIP verringerte sich 2009 insgesamt um 2,6 % im Vergleich zu 2008, in der gleichen Periode lag die Verringerung des BIP in der Eurozone bei -4 %.

In den wichtigsten Industriezweigen wie z. B. in der verarbeitenden Industrie, der Autoindustrie u. a. zeigte sich die Krise, schon vor den Problemen des Finanzsystems im Jahr 2007. Die privaten inländischen Bruttoinvestitionen verringerten sich 2007 um 3,1 %, und in den folgenden Jahren steigerte sich diese Verringerung. Es ist eine Tatsache, dass die überakkumulierten Kapitale bei Finanzprodukten in der Immobiliensparte und im Bausektor einen Ausweg gesucht und gefunden haben. Die niedrigen Zinsen auf Kredite trugen zur Entwicklung bei, führten zur Überproduktion und verdeckten zeitweise die Folgen.

### **Die Wahrheit über die Schuld**

In Griechenland findet eine heftige Auseinandersetzung bezüglich der Defizite, der Schulden und der Insolvenz statt. Die KKE hatte vom ersten Moment an folgende Position: Das Volk trägt keine Verantwortung für die Krise. Es soll die Defizite und

Schulden nicht anerkennen und mit seinem Kampf verlangen, dass die Plutokratie, die dafür verantwortlich ist, auch dafür zahlt. So wird das Volk entschieden den Kräften des Kapitals entgegen treten, die im Namen der Vermeidung der Insolvenz der griechischen Wirtschaft das Volk in die Insolvenz führen.

Unsere Partei hat differenzierte Beweise vorgelegt, dass die Schulden, die heute von der kapitalistischen Krise genährt werden, konkrete Ursachen haben:

1. Das Finanzmanagement der Regierungen (sowohl der liberalen Partei Neue Demokratie als auch der sozialdemokratischen PASOK) zu Gunsten der Monopole in der Zeit nach der Diktatur. Gemeinsames Hauptmerkmal waren die legalen Steuererleichterungen der Profitabilität des Großkapitals, die verbreitete Steuerflucht und die vielen staatlichen finanziellen Unterstützungen der Unternehmen (Wirtschaftsförderungsgesetze, nationale Beteiligung am 2. und 3. Gemeinschaftlichen Förderkonzept, die EU-Förderungen im Allgemeinen usw.). In allen vorangegangenen Jahren hat sich also der Staat Geld geliehen, um die Bedürfnisse des Kapitals nach Profitabilität zu bedienen und jetzt fordert er die arbeitenden Menschen auf, dafür zu zahlen.

Die öffentliche Schuld explodierte während der ersten Regierungszeit von PASOK von 26,9 % des BIP 1981 auf 64,2 % im Jahr 1989. In der Periode 1981-1985 betrieb die Regierung eine sozialdemokratische Verwaltung mit dem Ziel, Teile der arbeitenden Menschen durch Gefälligkeitseinstellungen im öffentlichen Dienst, Verstaatlichung von sogenannten privaten Unternehmen in Schwierigkeiten usw. einzuverleiben. Anschließend folgten Maßnahmen restriktiver Haushaltspolitik zu Lasten der arbeitenden Menschen, während die skandalträchtige staatliche Unterstützung der Unternehmensgruppen mittels öffentlicher Beschaffungen, Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Konzessionen, öffentlich-privater Partnerschaften weiterlief. Ein exemplarischer Höhepunkt waren die kontraproduktiven staatlichen Ausgaben für die Olympischen Spiele 2004. Die öffentlichen Schulden stiegen von 97,4 % des BIP 2003 auf 106,8 % 2006.

2. Die enormen Ausgaben für Rüstungsprogramme und Militäreinsätze (z. B. Bosnien, Afghanistan), die nicht der nationalen Verteidigung sondern den NATO-Plänen dienen. Bezeichnend ist, dass 2009 die Militärausgaben Griechenlands 4 % des BIP erreichten, während sie in Frankreich bei 2,4 % und in Deutschland bei 1,4 % lagen. Bezeichnend ist es auch, dass in der gleichen Zeit, in der die griechische Regierung die Gefahr einer Insolvenz heraufbeschwor, sie 6 neue Fregatten (2,5 Milliarden Euro) von Frankreich und 6 U-Boote (5 Milliarden Euro) von Deutschland kaufte.

3. Die Folgen der Integration der griechischen Wirtschaft in die EU und in die Währungs- und Wirtschaftsunion. Charakteristisch ist der Rückgang wichtiger Produktionszweige, die einem starken Konkurrenzdruck ausgesetzt waren (z. B. Textil- und Bekleidungsindustrie, Metallindustrie, Schiffbau, Transportwesen usw.). Die Vergrößerung des Handelsdefizits und die rasche Steigerung der Importe aus der EU hatten einen entsprechenden Einfluss auf die Erhöhung der öffentlichen Schulden. Das Handelsdefizit stieg von 4 % des BIP 1975-1980 auf 5 % 1980-1985, auf 6% 1985-1990, auf 7 % 1990-1995, auf 8,5 % 1995-2000 und explodierte auf 11,4 % im Zeitraum 2000-2010 mit der Aufnahme des Landes in die Eurozone. Die gemeinsame Agrarpolitik führte die Agrarbilanz von 1980 mit 9 Milliarden Drachmen Überschuss zum Defizit von 3 Milliarden Euro im Jahr 2010. Dadurch wurde Griechenland zum Einfuhrland von Nahrungsmitteln. Der Verschlimmerung des Handelsdefizits folgte die Außenhandelsbilanz, d. h. die gesamte „Jahresbilanz“ des Landes mit dem Ausland, die von einem Überschuss in Höhe von 1,5 % im Zeitraum 1975-1980 zu einem Defizit von 0,9 % von 1980 bis 1990 umgewandelt wurde. 1990-

2000 erhöhte sich das Defizit auf 3 % des BIP und explodierte 2000-2010 mit dem Beitritt Griechenlands in die Eurozone auf einen Mittelwert von 13 % des BIP. Das führte zur Erhöhung der staatlichen Kreditaufnahme, damit die Außenhandelsbilanz bedient werden konnte. Die Profit bringende Geschäftstätigkeit des Kapitals der Reeder konnte diese Situation nicht umkehren.

Auswirkungen hatte auch die Verringerung der Leihzinsen nach dem Beitritt in die Währungsunion, die die Erhöhung der öffentlichen Kreditaufnahmen der griechischen Regierung zu Gunsten des Großkapitals erleichterte.

Die starken Wachstumsraten mit einem Mittelwert von 2,8 % in den 2000er Jahren wurden durch die Bürgschaft des Arbeiter- und Volkseinkommens ermöglicht, die wir heute auszahlen. Natürlich ist diese Entwicklung keine griechische Eigenart. Die Erhöhung des Handelsdefizits der USA 1997-2007 war ebenfalls verbunden mit einer Erhöhung des jährlichen Staatsdefizits und natürlich der Staatsschulden.

4. Die Leihbedingungen (Zinsen, Dauer, Tilgungsbedingungen) führten zu einer Erhöhung der Zinsen von 9 Milliarden jährlich zu Beginn des Jahrzehnts auf 15 Milliarden Euro 2011, während einige Untersuchungen die Gesamtausgaben (Zinsen und Tilgung) der Bedienung der Staatsschuld von 21,3 % des BIP 2000 auf 40 % 2010 beziffern.

5. Die Auswirkungen der kapitalistischen Krise auf die griechische Wirtschaft.

Der Ausbruch der Krise trug zur Erhöhung des jährlichen öffentlichen Defizits und der öffentlichen Verschuldung bei. Ursachen waren einerseits der Einbruch der Steuereinnahmen wegen des Rückganges der wirtschaftlichen Tätigkeit (z. B. Reduzierung des Umsatzes, Betriebsschließungen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit, usw.) und andererseits die neuen staatlichen Unterstützungspakete für die Banken und andere Monopole. Die Auswirkung der Krise auf die Erhöhung der öffentlichen Verschuldung zeigt sich in der gesamten EU: die Gesamtverschuldung stieg um 34 % in den letzten 4 Jahren.

### **Die arbeitenden Menschen sind nicht verantwortlich für diese Krise**

Zur gleichen Zeit, in der die Kapitalisten Unmengen an Profit erzielten, stagnierten die Löhne der arbeitenden Menschen bei 60 % des europäischen Mittelwertes, während die Produktivität der Arbeit auf 93,5 % des Mittelwertes der Eurozone stieg.

Vor den Maßnahmen der Regierung, die die Löhne um 20 bis 40 % verringerten, lag der mittlere Lohn im Privatsektor bei 1 000 Euro und im Öffentlichen Dienst bei 1 300 Euro. Die Mindestlöhne lagen in Griechenland bei 51 % des Mittelwertes der Eurozone (589 Euro) und das mittlere Einkommen bei 73 %. Die Renten lagen bei 55 % des Mittelwertes der Eurozone. Die Kaufkraft der griechischen arbeitenden Menschen lag bei 83 % des Mittelwertes der Eurozone. Unterhalb der Armutsgrenze lebte 25 % des griechischen Volkes und heute über 40 %.

23,3 % aller Kinder im Alter von 0-17 Jahren (449 000 Minderjährige) lebten in Familie mit Armutproblemen. Wenn man diese Angaben mit den hohen Profitraten des Kapitals vergleicht, kommt man zu dem Schluss, dass es sich um eine Entwicklung mit Klassenmerkmalen, um die kapitalistische Barbarei handelt.

Bei einer entsprechenden Studie von Euro-Fonds 2010 wird der Ruf, dass die Griechen weniger als alle anderen EU-Bürger arbeiten, verworfen. Griechenland befindet sich auf einem mittleren Platz in der Skala mit 39,7 Wochenstunden, d. h. über dem Mittelwert der Eurozone mit 39,4 Stunden und gleich dem Mittelwert der Wochenstunden der EU. Der 27. Deutschland befindet sich mit 37,7 Stunden ebenso

wie Finnland und Holland mit 37,5 Stunden weiter unten, wobei Frankreich mit 35,6 Stunden an letzter Stelle steht.

Was die Urlaubstage anbetrifft, liegt Griechenland bei 23 Tagen jährlich, Deutschland und Dänemark liegen bei 30 Tagen, der Mittelwert der Eurozone liegt bei 25,6 und Länder wie Finnland, Frankreich oder Holland bei 25 Tagen.

Bei den Feiertagen liegt Griechenland mit 10 Tagen jährlich über Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Slowenien auf dem gleichen Niveau wie Deutschland, Frankreich, Norwegen und Dänemark. Die jährlichen Gesamtarbeitsstunden weisen in Griechenland einen Mittelwert von 1.816 auf. Somit gehört Griechenland zu den wenigen Ländern der EU mit Jahresarbeitsstunden von mehr als 1.800. Es führt Rumänien mit 1.864, gefolgt von Polen und Bulgarien. Die meisten anderen Länder der Eurozone liegen unterhalb der 1.800 Stunden. Deutschland liegt bei 1.658,8 Stunden, Holland bei 1.725, Finnland bei 1.695, Frankreich bei 1.601,6 usw.

Die Verleumdungen der europäischen Massenmedien gegen die griechischen arbeitenden Menschen, dass sie „faul“ sind oder einen aufgeblähten öffentlichen Dienst haben, entbehren jeglicher Grundlage. Dem Argument, dass Griechenland eine „zu große Zahl an Beamten hätte“, ist die Realität entgegen zu setzen, dass Griechenland mit seinem Anteil an Beamten (gemessen an der Gesamtheit der arbeitenden Menschen jeden Landes) den 14. Platz unter den EU-Staaten mit einem Anteil von 11,4 % einnimmt. Gleichzeitig bestehen große Personallücken in Krankenhäusern, Schulen und in anderen Zweigen.

Diese Verleumdungen von den „faulen Griechen“ werden zur Spaltung der Arbeiterklasse eingesetzt, damit keine Solidarität mit der kämpfenden Arbeiterklasse in Griechenland entsteht.

### **Memorandum und mittelfristiger Plan**

Die bürgerliche Klasse in Griechenland, die liberale Partei der Neuen Demokratie (ND), die bis 2009 die Regierungsverantwortung trug, die sozialdemokratische PASOK, welche nachfolgend in die Regierungsverantwortung gewählt wurde, haben mit Unterstützung der nationalistischen und rassistischen Partei LAOS eine sehr harte, volksfeindliche Politik im Namen der Krise und der Schulden ausgeübt.

Im Wesentlichen hat diese Politik die Maßnahmen realisiert, die in der vorhergehenden Periode in der EU unter Beteiligung der griechischen bürgerlichen Parteien zur „Flexibilisierung der Beschäftigung“ beschlossen worden sind: Teilzeit- und Leiharbeit, vorläufige Beschäftigung, Angriff auf den 8-Stunden Tag, Erhöhung des Renteneintrittsalters, Privatisierung des Gesundheitswesens, der Fürsorge und der Bildung, Liberalisierung und Privatisierung der Energie, der Telekommunikation, des Transportwesens u. a.

Im Mai 2010 hat die sozialdemokratische Regierung ein Memorandum, einen Darlehensvertrag mit der Europäischen Union, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds (Troika) geschlossen, damit sie Kredite in Höhe von 110 Milliarden Euro erhält. Das bedeutete eine Verstärkung des volksfeindlichen Angriffes: dramatische Kürzung der Löhne und Renten im öffentlichen Dienst, Abschaffung des 13. und 14. Monatsgehaltes (Weihnachts-, Oster- und Urlaubsgeld), Kürzung der Löhne und Renten in der Privatwirtschaft, die noch niedriger lagen (Mindestlohn laut Flächentarifvertrag ist 700 Euro Brutto), Kürzung des Lohns für junge Beschäftigte auf 500 Euro, Arbeitsplatzteilung (Job sharing) auf mehrere Arbeitnehmer (z. B. 4 Tage Arbeit pro Woche oder 4-Stunden-Tag mit Lohnkürzung), Abschaffung der Branchentarifverträge zu Gunsten von Haus- oder Einzeltarifverträgen, neue Maßnahmen zur Beschleunigung der Privatisierung und

Kommerzialisierung sozialer Dienste, Einleitung der Entlassung von 30 000 Angestellten aus dem Öffentlichen Dienst.

Wesentliche Zielrichtung dieser Maßnahmen ist die Verringerung des Wertes der Arbeitskraft, um die Profite und die Konkurrenzfähigkeit des Kapitals zu stärken. Sie zielen weit in die Zukunft, auf die Phase des Aufschwunges der Wirtschaft, dessen Eintreten sich voraussichtlich verzögern und schwach sein wird.

Die Maßnahmen von PASOK führten zu einer Intensivierung der Ausbeutung der Arbeiterklasse, einer Verschlechterung der Situation der Mittelschichten und zu einer Verbreitung des relativen und absoluten Elendes und der Armut, worunter heute 40 % der Bevölkerung leidet.

Die Arbeitslosigkeit ist in bisher ungekannte Höhen gestiegen. Die offizielle Statistik spricht von 800 000 Arbeitslosen Mitte 2011 (16,5 %). Die tatsächliche Arbeitslosigkeit liegt bei über 1 Million und betrifft hauptsächlich junge Menschen und Frauen. Die Verschuldung stieg weiter, erreichte über 150 % des BIP, und die Regierung von PASOK setzte vor kurzem im Parlament unter dem Vorwand der Insolvenzgefahr den so genannten „mittelfristigen Plan“ durch, der noch weitere volksfeindliche Maßnahmen beinhaltet, wie die Kürzung der Zusatzrenten, die Abschaffung der Kategorie der schweren und gesundheitsgefährdenden Berufe u.a. Unter den Bedingungen der Verschärfung der innerimperialistischen Gegensätze und der Sorge um die wirtschaftliche Situation von Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, Belgien und Irland wurde im Juli 2011 ein neuer Kredit für Griechenland in Höhe von 109 Milliarden Euro beschlossen, sowie weitere Maßnahmen, wie die Streckung der Tilgungszeit, die Kürzung der Zinsen, Maßnahmen zur so genannten „gesteuerten Insolvenz“ zu Gunsten des Großkapitals und seiner Bedürfnisse. Sie sprachen sogar von einem europäischen „Marshallplan“, d. h. von einem Mechanismus zur Finanzierung von Unternehmen. Einen entsprechenden Vorschlag für einen neuen „Marshallplan“ gab es neulich auch seitens der Linken mit einer entsprechenden Aussage von G. Gysi.

Dieses Abkommen, was einen vorläufigen Kompromiss darstellt, wurde wegen neuer Gegensätze und Probleme in der Eurozone und beim Euro-Gipfeltreffen am 26. Oktober, nicht realisiert. Dort wurde ein neuer Beschluss gefasst, der einen neuen Kredit über 130 Milliarden Euro und den so genannten „Schuldenschnitt“ von 50 % der 200 Milliarden Staatsschuld Griechenlands, als Folge der tiefen kapitalistischen Krise und der Notwendigkeit der Entwertung eines Teils des Kapitals, vorsieht. Die erste fassbare Konsequenz des Schuldenschnittes ist die Plünderung der Versicherungskassen, die Staatsanleihen in Höhe von 26 Milliarden Euro besitzen und jetzt automatisch 13 Milliarden verlieren. Das Abkommen vom 26. Oktober setzt weitere endlose volksfeindliche Maßnahmen, eine Unterstützung der griechischen Banken in Höhe von 70 Milliarden Euro und neue Vergünstigungen für das Kapital mit einer weiteren Verringerung des Preises der Arbeitskraft voraus.

### **Bürgerliche und opportunistische ideologische Gebilde**

Genauso wie bei der Frage der Krisenursachen ist für den Ausweg aus der entstandenen Situation eine heftige Auseinandersetzung entstanden. Die Kräfte des rechten Opportunismus treffen sich mit linksradikalen Gruppen aber auch nationalistischen Formationen, und versuchen, das Bewusstsein mit verschiedenartigen Positionen zu unterwandern, die in ihrem Wesen rein auf die Systemverwaltung zielen und die herrschende Politik erleichtern. Aus diesen Positionen seien folgende hervorgehoben:

- Griechenland befindet sich unter der Herrschaft des IWF und es besteht angeblich die Notwendigkeit der Entstehung einer Nationalbefreiungsfront.

- Die Schulden sind eine nationale Angelegenheit und es soll eine Regierung unter Beteiligung der „Linken“ entstehen, die diese Schulden neu verhandelt und die Abzahlung an die ausländischen Kreditgeber stoppt. Ein Schuldenaudit ist von Nöten, damit festgestellt wird, welcher Anteil der Schulden illegal oder unzumutbar ist. Es soll Geld von Russland oder China geliehen werden.

- Austritt aus der Eurozone und Rückkehr zur Drachme.

- Öffentliche Überprüfung des Bankensystems, Wiederverstaatlichung von öffentlichen Unternehmen, Produktionswiederaufbau u. a.

Bei diesen Argumentationen handelt sich nicht nur um einen Realitätsverlust und um eine vereinfachte Interpretation komplexer Fragestellungen des Klassenkampfes, die die engste Verbindung von Wirtschaft und Politik sowie die Notwendigkeit der Lösung der Herrschaftsfrage und der Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln aufzeigen. Es handelt sich um den bewussten Versuch, das Volk in eine Falle zu locken, und die Entwicklung von Klassen- und politischem Bewusstsein zu verhindern, das die Herrschaft des Kapitals in Frage stellen könnte und für einen Umsturz des Ausbeutungssystems kämpfen könnte.

Griechenland befindet sich weder unter Fremdherrschaft noch ist es ein Protektorat. Es ist ein kapitalistisches Land mit einer untergeordneten Stellung im imperialistischen System durch sein Entwicklungsniveau, mit einer starken Bourgeoisie, die ihre eigenen Interessen einfordert und verteidigt, bei bewusst ausgesuchter Beteiligung an Bündnissen wie der EU, der NATO und des IWF, um die Arbeiterklasse auszubeuten, die Volksschichten zu unterdrücken, ihre Herrschaft zu sichern und das kapitalistische System zu verewigen.

Die Kräfte, die von einer Besetzung durch fremde Mächte sprechen, landen bei folgendem Irrsinn: Mit dieser Argumentationsweise würde die überschuldete US-amerikanische Wirtschaft, deren Schulden die 14 Billionen Dollar überschritten haben, in dem sie Staatsanleihen in sehr großen Mengen an China verkauft, unter chinesischer Besetzung stehen!

Die Verfechter solcher Positionen suchen Verbündete in Teilen der Bourgeoisie und wecken beim Volk Erwartungen, dass eine bürgerliche Regierung mit der Teilnahme einiger „linker Kräfte“ eine volksfreundliche Lösung der Probleme, bei unveränderter Herrschaft der Monopole mit den Produktionsmitteln in deren Händen, herbeiführen kann. Dorthin führen die Appelle zur Bildung von Nationalbefreiungsfronten. Sie führen das Volk an der Nase herum. Alles, was sie vorschlagen, ist in verschiedenen Ländern praktiziert worden, und diese Völker leiden unter der kapitalistischen Barbarei.

Die Neuverhandlung der Schuld ist schon mal versucht worden, aber sie wird von immer noch härteren Bedingungen für die Völker begleitet. Es ist bekannt, dass die Nationalwährung objektiv der kapitalistischen Organisation der Wirtschaft dienen wird, genauso wie auch jeder - vom kapitalistischen Staat -verstaatlichte Betrieb zu Gunsten der herrschenden Klasse nach privat-wirtschaftlichen Kriterien funktionieren wird. Die Positionen über eine rechtmäßige und eine unrechtmäßige Schuld sind ebenfalls schädlich, da sie im Volk die Mitschuld für eine Sache suggerieren, wofür es keine Verantwortung trägt.

### **Großartige Klassenkämpfe**

In dieser Zeit fanden massenhafte Klassenkämpfe mit der KKE und PAME an der Spitze statt. Die PAME, als klassenkämpferische Gewerkschaftsbewegung, bündelt in ihren Reihen hunderte von klassenkämpferischen Gewerkschaften,

Verbänden, Arbeiterzentren und Kampfkommissionen. Bei den mehr als 20 Generalstreiks, den vielen großen Arbeiter- und Volksdemonstrationen, den symbolischen Besetzungen von Ministerien und anderen Behörden waren und sind die Kommunisten, die Kräfte des Kommunistischen Jugendverbandes KNE, die Freunde der KKE, die Arbeiterinnen und Arbeiter, die die PAME unterstützen, an vorderster Front.

Alle diese Kräfte sind in den Betrieben, an den Arbeitsplätzen, in den Stadtteilen und informieren, organisieren die Arbeiterklasse, das Volk, die Jugend, sichern die Streiks mit Streikposten, kämpfen gegen die Arbeitgeber und den Unterdrückungsapparat und treten entschieden gegen den Antikommunismus und gegen die Verleumdungen durch die bürgerlichen und opportunistischen Parteien und Gruppen ein.

Die Organisation des Kampfes findet unter Bedingungen heftiger Auseinandersetzungen mit den Kräften der arbeitgeber- und regierungshörigen Gewerkschaften, an denen die Funktionäre von PASOK und ND teilnehmen, und die die Gewerkschaftsbünde der Arbeiter und Angestellten des Privatsektors und des Öffentlichen Dienstes kontrollieren. Sie gehören zu den internationalen Kompromissgewerkschaften (ITUC und ETUC) und genießen Unterstützung von SYN/ SYRIZA und anderen Anti-PAME-Kräften. Dieser Block, dessen Ansehen in der Arbeiterklasse ständig kleiner wird, meidet die Präsenz in den Betrieben, unterstützt die Strategie des Kapitals, ist Verteidiger der Europäischen Union, propagiert die Kooperation zwischen den Klassen und verbreitet Illusionen und falsche Erwartungen bei den arbeitenden Menschen. Die KKE gibt unter schwierigen Bedingungen ihre ganze Kraft für die Organisation der Arbeiterklasse in den Betrieben, achtet auf den Parteaufbau in den Arbeitsstätten und den Produktionsbranchen, kämpft für den Wiederaufbau der Arbeiterbewegung, damit die Klasseneinheit stärker wird, die Aktionen und die Orientierung der Gewerkschaften verbessert und die Kräfteverhältnisse geändert werden.

Besondere Sorgfalt benötigt die Verbindung der Kampfziele und der Forderungen mit der Bündelung, der Konzentration und Vorbereitung der Arbeiter auf harte Auseinandersetzungen mit dem Ausbeutersystem, mit dem Ziel seines Umsturzes. Es ist wichtig, dass sich die Politisierung des Kampfes nicht nur auf die Auseinandersetzung mit der jeweiligen volksfeindlichen Regierung und Politik begrenzt und bei der Forderung nach besseren Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft stehen bleibt. Sie soll sich wesentlich und ganzheitlich in Richtung eines Entwicklungsweges bewegen, dessen Kriterium die Befriedigung der zeitgemäßen Bedürfnisse des Volkes und die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist. Ausgangspunkt dieser Orientierung ist die Erkenntnis, dass die Arbeiterklasse den Reichtum produziert und sie muss ihn einfordern, indem sie ihre eigene Herrschaft einfordert. Dabei besteht die KKE sehr auf die Förderung des gesellschaftlichen Bündnisses der Arbeiterklasse mit den kleinen und mittleren Bauern sowie den kleinen und mittelständischen Selbstständigen.

Viele Hoffnungen weckt, trotz Schwächen, die Entwicklung der gemeinsamen Aktionen der PAME, der PASEBE (dem antimonopolistischen Zusammenschluss der städtischen kleinen und mittelständischen Selbstständigen), der PASY (dem kämpferischen Zusammenschluss der kleinen und mittleren Bauern), der OGE (Vertretung der kämpferischen Frauenbewegung) und der MAS (Vertretung der kämpferischen Studentenbewegung).

Es ist eine Tatsache, dass der Kurs, die Orientierung und das Ansehen dieser Massenbewegung der Bourgeoisie und ihren politischen Vertretern große Sorgen bereiten. Aus diesem Grund suchen sie nach Möglichkeiten, den Volkszorn in für das

System ungefährliche Kanäle zu lenken. Dieses Ziel wurde in letzter Zeit von der so genannten „Bewegung der Plätze“ bedient, wobei, unter Mithilfe von Massenmedien, von bürgerlichen und opportunistischen Parteien, rechtsradikalen Organisationen und Randgruppen aus dem „Anti-Macht-Spektrum“ versucht wurde, empörte arbeitende Menschen unter reaktionäre Losungen zu vereinen, wie „Weg mit den Parteien, Weg mit den Gewerkschaften“.

Ein charakteristisches Merkmal der Entwicklungen waren die inszenierten Provokationen, für welche die Regierung eine große Verantwortung trägt. Solche Provokationen kosteten im Mai 2010 das Leben von drei Angestellten einer Bank nach einem Brand durch den Abwurf von Molotow-Cocktails. Solche Provokationen fanden auch statt bei den Streiks am 15. Juni und 28./29. Juni, mit dem Ziel, Arbeiter zu terrorisieren und den Streikkampf zu untergraben. Gipfel dieser Versuche war der mörderische Angriff von provokatorischen Gruppen gegen die PAME-Demonstration am 19./20. Oktober. Anarchofaschistische Gruppen, voll ausgestattet mit Polizeiausrüstung (Schlagstöcke, Masken, Handleuchtgranaten, chemische Waffen, Feuerlöscher u. a.), griffen an und bewarfen die PAME-Demonstration mit Steinen und Stücken von Marmorplatten, um sie aufzulösen. Die Ordnergruppen der PAME vereitelten dieses Ziel. Die Demonstration löste sich trotz des mörderischen Angriffes nicht auf, obwohl wir den Tod des 53-jährigen Genossen Dimitrios Kotzaridis, Bauarbeiter und PAME-Gewerkschafter, und die Verletzung von weiteren 80 PAME-Demonstranten zu bedauern hatten. Die Ordnergruppen der PAME verteidigten die Demonstration und nicht das bürgerliche Parlament, wie Linksradikale und Trotzlisten panisch behaupteten, als sie feststellten, dass breite Arbeiter- und Volksschichten die entscheidende Rolle der PAME bei der Entfaltung des Klassenkampfes anerkannten. Breitere Massen von Arbeitern und Menschen aus den armen Volksschichten verstanden mehr denn je, dass der selbstgeschützte Kampf heute Voraussetzung ist, um den Angriffen der Bourgeoisie und der Apparate des Kapitals entgegen zu treten, die die Provokation und die Verleumdung ihrer Kämpfe zum Ziel haben. Die gefährliche opportunistische Rhetorik über die Absicherung des so genannten „sozialen Zusammenhalts“ und der „Normalität“, wie SYN/SYRIZA proklamiert, muss aufgedeckt werden.

Die KKE verurteilte die Rolle der Polizei und der anderen Staatsapparate, wegen ihres Versuchs die klassenbewusste Bewegung der Arbeiterklasse zu unterdrücken. Unsere Partei setzt ihre Anstrengungen fort, den Klassenkampf zu verstärken, um die „neue“ Regierung der schwarzen Front, die durch die Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien PA-SOK, ND und LAOS zur Durchsetzung der volksfeindlichen Maßnahmen gebildet wurde, zum Sturz zu bringen. Der Kampf der KKE entfaltet sich an allen Fronten: für das Recht auf volle und sichere Arbeit, für den Schutz der Arbeitslosen, für Lohn- und Rentenerhöhungen, gegen die neuen Steuermaßnahmen, für ein kostenloses Gesundheitswesen, für eine kostenlose Fürsorge und Bildung, für die Gesamtheit der Rechte der Arbeiter- und Volksfamilien, für die Verhinderung der volksfeindlichen Maßnahmen. Die KKE verlangt sofort Neuwahlen und ruft das Volk auf, mit der Partei der Arbeiterklasse zusammen zu gehen, sie noch mehr zu unterstützen, um die Kräfteverhältnisse zu verändern.

Unter diesen Bedingungen der Verschärfung des Klassenkampfes in Griechenland ist der Ausdruck der internationalen Solidarität erforderlich, wie es mehrere kommunistische Parteien und klassenbewusste Gewerkschaften getan haben. Einige „linke“ Massenmedien zeigten eine heuchlerische Haltung, in dem sie versucht haben, im Namen einer „objektiven Berichterstattung“, die gleiche Distanz zu den Kommunisten wie zu den Anarchofaschisten zu halten. Sie stellten Letztere

als „Teil“ der Volksbewegung und deren Angriff als einen „Konflikt innerhalb der Linke“ dar. Diese provokatorischen Gruppen haben keine Beziehung zur Arbeiter- und Volksbewegung. Sie sind ein „Instrument“ des Systems zur Einschüchterung und Unterdrückung der Volksbewegung.

### **Der politische Vorschlag der KKE**

Die KKE hat Thesen und Forderungen zu jedem Problem entwickelt und kämpft täglich auf dieser Grundlage. Dieser Kampf reicht aber nicht aus. Ein alternativer Vorschlag der Partei ist erforderlich, mit der Aussicht auf ein Ziel, auf eine Perspektive, die dem Kampf Sinn verleihen. Sie hat bei Betrachtung ihrer 93-jährigen Geschichte programmatische Thesen entwickelt, die ihr erlauben, den kompliziertesten Aufgaben gerecht zu werden, indem sie berücksichtigt, dass der Klassenkampf und die innerimperialistischen Gegensätze sich in unserer Region in nächster Zeit verschärfen werden, unter Beteiligung nicht nur der USA und der EU, sondern auch Russlands, Chinas und starker peripherer Kräfte, wie der Türkei oder Israels.

Eine stabile Basis der programmatischen Analyse der KKE ist die Erkenntnis, dass sich in unserer Epoche, der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, der Klassenkampf in Richtung der Lösung des Hauptwiderspruches zwischen Kapital und Arbeit entwickelt. Die revolutionäre Veränderung in Griechenland wird sozialistisch sein. Motor der sozialistischen Revolution wird die Arbeiterklasse, als die führende Kraft, werden die Halbproletarier, die armen Bauern und die am meisten unterdrückten kleinbürgerlichen Schichten der Stadt sein. Die Bündnispolitik, die auf der Linie des antiimperialistischen-antimonopolistischen Kampfes beruht, trägt zum Zusammenschluss der großen Mehrheit des Volkes bei. Es ist der Weg, der zur Änderung der Kräfteverhältnisse beiträgt, dass eine Annäherung von unten stattfindet und dass unter bestimmten Bedingungen der Übergang zum Sozialismus erfolgt.

Die Wahl zu Gunsten des Volkes kann nur eine sein: Die Herrschaft des Volkes, die Entkoppelung von der Europäischen Union und der NATO, die Streichung der Schuld und die Änderung der historisch überholten Eigentumsverhältnisse; gesellschaftliches Eigentum an den wichtigsten und an den konzentrierten Produktionsmitteln, Produktionsgenossenschaften der kleinen und mittleren Bauern sowie der Kleinunternehmer in Sparten mit geringer Konzentration; zentrale Planung, so dass alle Produktionsmittel und die gesamte Arbeitskraft mobilisiert werden kann. Jede mögliche internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit auf Grundlage des gegenseitigen Vorteils soll genutzt werden. Die Regierung, als Organ der Herrschaft des Volkes, wird verpflichtet sein, die Teilhabe des Volkes an dem neuen, noch nicht da gewesenen Werk zu sichern, die Volksbewegung zu unterstützen, sich auf diese zu stützen und von ihr mittels der neu zu schaffenden Institutionen der Arbeiter- und gesellschaftlichen Kontrolle überprüfen zu lassen.